

Steffen Bruendel

Die Geburt der „Volksgemeinschaft“ aus dem „Geist von 1914“.

Entstehung und Wandel eines „sozialistischen“ Gesellschaftsentwurfs

Dienstag, 4. August 1914, mittags: Im weißen Saal des Berliner Schlosses wird die außerordentliche Sitzung des Reichstags eröffnet. In seiner Thronrede beschreibt der Kaiser die aktuelle Lage als Ergebnis der feindlichen Einkreisung und ruft die Deutschen zum gemeinsamen Schutz des Vaterlandes auf. Nachdem er geendet hat, ergreift er noch einmal, spontan, so scheint es, das Wort und sagt: „Ich kenne keine Parteien mehr, Ich kenne nur Deutsche.“ Begeisterung ergreift alle Anwesenden.¹ Um 15 Uhr tritt der Reichstag zusammen. Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg appelliert an die Einheit des deutschen Volkes. Hinter den deutschen Truppen stehe das „ganze deutsche Volk einig bis auf den letzten Mann!“ Am Schluss seiner Rede vermerkt das Protokoll: „Andauernder lebhafter Beifall. Der Reichstag erhebt sich.“² Um 17 Uhr kommt das Parlament zur Schlussitzung zusammen. Es spricht der SPD-Fraktionsvorsitzende Hugo Haase, der zum linken Flügel der Partei gehört. Er verliest die mit Spannung erwartete Erklärung, an der noch bis kurz zuvor gefeilt wurde und konstatiert, dass die Anstrengungen der SPD, den Krieg zu verhindern, vergeblich gewesen seien. Jetzt stehe Deutschland vor „der ehernen Tatsache des Krieges“. Es drohten die Schrecken einer feindlichen Invasion: „Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Siege des russischen Despotismus ... viel, wenn nicht alles auf dem Spiel“. Er fährt fort: „Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. ... Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, ... ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.“ Und dann sagt er den entscheidenden Satz: „Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kredite.“³

¹ Bogdan Krieger, *Der Kaiser im Felde*, Berlin o. J. (1916), S. 15 (Zitat ebd.).

² Theobald v. Bethmann Hollweg, *Sechs Kriegsreden des Reichskanzlers*, Berlin 1916, S. 11f.

³ Karl Heinrich Pohl, Die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion vom 4.8.1914, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 35 (1984), S. 758-775 (Zitate ebd., S. 758f.).

Es war das erste Mal, dass die Sozialdemokraten einem Reichshaushalt bzw. einem Ergänzungshaushalt zustimmten. Über diese denkwürdige Sitzung notierte der dem rechten SPD-Flügel angehörende Abgeordnete Eduard David, seit 1912 Mitglied des Fraktionsvorstandes, in sein Kriegstagebuch: „Der ungeheure Jubel der gegnerischen Parteien, der Regierung, der Tribünen, als wir uns zur Zustimmung erheben, wird mir unvergessen sein. Es war im Grunde eine uns dargebrachte Ovation.“⁴ Die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten markierte die grundsätzliche Abkehr der Sozialdemokraten von ihrem Rollenverständnis als Staatsopposition im Kaiserreich. Im „Geist von 1914“, so der zeitgenössische Terminus, stellte sich die SPD äußerlich geschlossen hinter die Politik der kaiserlichen Reichsregierung.⁵

Wie kam es dazu? Am 28. Juni 1914 war der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajewo ermordet worden. Sofort begannen in allen europäischen Staaten vielfältige Aktivitäten, um einerseits die Krise zu begrenzen, andererseits aber diplomatische Vorteile aus ihr zu ziehen. Offiziell bemühte sich die Reichsleitung sowohl gegenüber den Westmächten und Russland als auch gegenüber der eigenen Öffentlichkeit und der Sozialdemokratie um Konfliktvermeidung durch Vermittlung. Inoffiziell und unter Ausschluss der Öffentlichkeit wie des Reichstages aber stimmte sie ihre Schritte mit der österreichisch-ungarischen Regierung ab und betrieb eine Außenpolitik des „kalkulierten Risikos“.⁶ Sie gehorchte damit, „einem Gebot der Existenznotwendigkeit“, das ihr subjektiv „als letzten Endes defensiv erschien“.⁷ Die russische Generalmobilmachung am 31. Juli schien zu bestätigen, dass ein Angriff Russlands unmittelbar bevorstehe. Mit der folgenden deutschen Mobilmachung konnte es für die SPD nicht mehr um die Verhinderung des Krieges, sondern nur mehr um ihre Haltung zu ihm gehen. Aufgrund der Situation wie der einseitigen Information durch die Regierung waren auch die sozialdemokratischen Abgeordneten davon überzeugt, dass Deutschland verteidigt werden

⁴ Susanne Miller (Bearb.), *Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918*, Düsseldorf 1966, S. 12.

⁵ Dies., *Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1974, S. 9f., 31f.

⁶ Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Düsseldorf 1967, S. 60. Vgl. auch Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914*, München 1995, S. 1152-1168.

⁷ Hans Herzfeld, *Der Erste Weltkrieg*, München 1969, S. 38.

müsse.⁸ Diese Überzeugung wurde von anderen benachteiligten oder marginalisierten Bevölkerungsgruppen geteilt, die sich nun ebenfalls für die Unterstützung der deutschen Verteidigungsanstrengungen aussprachen: die Deutsche Friedensgesellschaft, die katholische Kirche, der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und die deutschen Frauenvereine. In einem dezidiert staatstreuen Verhalten während des Krieges erblickten sie die Chance, ihre gesellschaftliche Isolation zu überwinden.⁹

Die am 2. August begonnene Mobilmachung verlief planmäßig und wurde seit dem 4. August von einer gesamtgesellschaftlichen Mobilisierung begleitet: „Jubelnd folgten die Einberufenen zu den Fahnen“, beschrieb der Berliner Staatsrechtler Otto v. Gierke die Situation und bemerkte, dass die „zwei Millionen“ Kriegsfreiwilligen gar nicht alle aufgenommen werden konnten.¹⁰ Diese – viel zu hohe, wie neuere Forschungen ergeben haben¹¹ – Zahlenangabe wurde nicht hinterfragt, weil sie sowohl den Charakter des Verteidigungskrieges als auch die nationale Einheit unterstrich. Schriftsteller und Dichter priesen die neue Eintracht und begleiteten mit dieser „poetischen Mobilmachung“ (Julius Bab) die Transformation der Friedens- in die Kriegsgesellschaft.¹² Wenngleich sich kaum jemand der „Suggestion der Ereignisse“ (Rudolf Hilferding) entziehen konnte, variierte die Stimmungslage in der Bevölkerung je nach Region, Schichtzugehörigkeit und persönlicher Betroffenheit zwischen Angst, Begeisterung, Fatalismus, Stolz, Ärger, Resignation und Zuversicht.¹³ Gleichwohl wurde der Ereignisverlauf zwischen dem 2.

⁸ Miller, *Burgfrieden* (Anm. 5), S. 40-61. Vgl. auch Gunther Mai, *Das Ende des Kaiserreichs. Politik und Kriegführung im Ersten Weltkrieg*, München³1993, S. 38ff.

⁹ Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), *August 1914. Ein Volk zieht in den Krieg*, Berlin 1989; Francis L. Carsten, *War Against War. British and German Radical Movements in the First World War*, London 1982, 18f.; Heinz Hürten, Die katholische Kirche im Ersten Weltkrieg, in: Wolfgang Michalka (Hg.), *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*, München 1994, S. 725-735; Clemens Picht, Zwischen Vaterland und Volk. Das deutsche Judentum im Ersten Weltkrieg, in: ebd., S. 736-755.

¹⁰ Otto v. Gierke, Krieg und Kultur, in: *Deutsche Reden in schwerer Zeit*, Bd. 1, Berlin 1914, S. 75-102, hier S. 89.

¹¹ Bernd Ulrich, Die Desillusionierung der Kriegsfreiwilligen, in: Wolfram Wette (Hg.), *Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten*, München 1995, S. 110-126, hier S. 111-115.

¹² Helmut Fries, *Die große Katharsis. Der Erste Weltkrieg in der Sicht deutscher Dichter und Gelehrter. Band 2: Euphorie – Entsetzen – Widerspruch: Die Schriftsteller 1914-1918*, Konstanz 1995, S. 5ff.; Joachim Utz, Der Erste Weltkrieg im Spiegel des deutschen und englischen Hassgedichts, in: Jan Assmann/Dietrich Harth (Hg.), *Kultur und Konflikt*, Frankfurt 1990, S. 373-413.

¹³ Jeffrey Verhey, *Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg 2000, S. 116ff., 129-193; Wolfgang Kruse, Kriegsbegeisterung? Zur Massenstimmung bei Kriegsbeginn, in: ders. (Hg.), *Eine Welt von Feinden. Der Große Krieg 1914-1918*, Frankfurt 1997, S. 159-166.

und dem 31. August – der Mobilmachung und dem Sieg bei Tannenberg – insgesamt als Ausnahmesituation erlebt. Wie wurde diese von den Zeitgenossen gedeutet?

Von der Ausnahmesituation zum „Augusterlebnis“

Intellektuelle – Schriftsteller, Dichter und Gelehrte – fühlten sich zum „Kriegsdienst mit der Feder“, so nannte es der Marburger Altphilologe Theodor Birt, berufen und deuteten das Erleben in zahllosen Schriften.¹⁴ Unter dem Eindruck der umfassenden Mobilisierung konstruierten sie ein idealisiertes August-Erlebnis: eine Einheit des gesamten Volkes, in gleicher Weise erlebt in Stadt und Land und ohne Unterschied der Partei, des Standes, der Religion oder Konfession. Zwar wurden die Wochen des Kriegsbeginns, wie neuere Forschungen ergeben haben, in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Regionen unterschiedlich erlebt,¹⁵ aber gerade die verschiedenen „Augusterlebnisse“ begünstigten eine einheitliche Deutung. Es führt daher nicht weiter, die Ausnahmesituation des August 1914 unter Hinweis auf unterschiedliche zeitgenössische Erfahrungen als „Legende“¹⁶ zu verwerfen. Ohne die reale Erfahrung kollektiver Erregung, ohne die wechselnden Gefühlslagen, ohne Ängste und Hoffnungen hätte der Mythos allgemeiner Begeisterung nicht konstruiert werden können. Die Devise der Deutungsträger lautete: „Was alle fühlten, sollte auf die Höhe eines gemeinsamen Erlebens gebracht werden“.¹⁷ Die Euphorie der Intellektuellen war keine Propaganda, sondern Ausdruck einer nationalen „Selbstbegeisterung“¹⁸ über den Burgfrieden aller Parteien, Klassen, Religionsgemeinschaften und Organisationen, deren Anlass, nicht deren Grund, der

¹⁴ Vgl. Wolfgang J. Mommsen (Hg.), *Kultur und Krieg: Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg*, München 1996; Kurt Flasch, *Die geistige Mobilmachung. Die deutschen Intellektuellen und der Erste Weltkrieg*, Berlin 2000; Steffen Bruendel, *Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg*, Berlin 2003.

¹⁵ Verhey, *Geist von 1914* (Anm. 13), S. 116ff., S. 129-193; Kruse, *Kriegsbegeisterung* (Anm. 13), S. 159-166; Christian Geinitz, *Kriegsfurcht und Kampfbereitschaft. Das Augusterlebnis in Freiburg. Eine Studie zum Kriegsbeginn 1914*, Essen 1998; Benjamin Ziemann, *Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914-1923*, Essen 1997; Michael Stöcker, „*Augusterlebnis 1914*“ in Darmstadt. *Legende und Wirklichkeit*, Darmstadt 1993.

¹⁶ So bspw. Volker Ullrich, Die Legende vom Augusterlebnis, in: *Die Zeit* 31, 29.7.1994.

¹⁷ Diese Formulierung findet sich im Vorwort des Ende 1914 herausgegebenen ersten Bandes der „Deutschen Reden in schwerer Zeit“ (Anm. 10), S. VIII.

¹⁸ Michael Jeismann, *Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792-1918*, Stuttgart 1992, S. 301, 318.

gerade begonnene Krieg war. Insofern ist der gemeinhin gebrauchte Terminus der „Kriegsbegeisterung“ missverständlich. Die Mobilisierungseuphorie, eine wohl präzisere Bezeichnung, animierte insbesondere Universitätsprofessoren zu „patriotischen Besinnungen“ (Werner Sombart). Dementsprechend erinnerten sie an das „Erlebnis“ des August – ein häufig verwendeter Begriff – und priesen die neue nationale Einheit.¹⁹

Der Berliner Germanist Gustav Roethe sprach öffentlich vom „Wunder“ der Einheit, da mit der deutschen Mobilmachung die „Erlösung“ gekommen sei „und mit ihr jene herrlichen Stunden, da unser Kaiser zu seinem Volke sprach und da dieses Volk auf einmal ... entdeckte, daß es nicht sein könne ohne Kaiser und Reich“. Wer die Tage zwischen dem 1. und dem 4. August durchlebt habe, könne „ihren heiligen Gewinn nicht wieder verlieren. Das ungeheure Erlebnis, es bindet zusammen, es reinigt uns, und es wird uns reinigen und läutern ... bis in fernste Tage, so lange die Erinnerung diese Schicksalsstunde des Deutschen Reiches, des Deutschen Volkes festhält“.²⁰ In den von vielen Gelehrten verwendeten Religionsmetaphern zeigt sich der Erlösungscharakter, der dem August 1914 zugeschrieben wurde. Die neue innere Eintracht war das Entscheidende. Das deutsche Volk sei jetzt, schrieb Friedrich Meinecke, „eine einzige, mächtige, tief atmende Gemeinschaft“²¹ geworden. Die Überwindung von Parteikampf und Klassenantagonismen wurde vielfältig ausgeschmückt: „Der erste Sieg, den wir gewonnen haben, noch vor den Siegen im Felde, war der Sieg über uns selbst“, verkündete der Berliner Philosoph Alois Riehl und fuhr fort: „Noch niemals war unser Volk so einig wie in jenen ersten Augusttagen, den unvergeßlichen. ... Jeder von uns fühlte, jeder lebte für das Ganze, und das Ganze lebte in uns allen. Unser enges Ich mit seinen persönlichen Interessen war aufgegangen in das große geschichtliche Selbst der Nation. Das Vaterland ruft! Die Parteien verschwinden. ... So ging dem Kriege eine sittliche Erhebung des Volkes voran“.²² Neben der parteiübergreifenden Einheit wurde auch eine religiöse Einigkeit beschworen, denn im August habe man gemeinsam

gebetet, egal, ob der Nebenmann katholisch oder Jude oder Protestant oder sonst etwas
Vgl. Klaus Schwabe, *Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges*, Göttingen/Zürich/Frankfurt 1969, sowie Bruendel, *Volksgemeinschaft oder Volksstaat* (Anm. 14).

²⁰ Gustav Roethe, *Wir Deutschen und der Krieg*, in: *Deutsche Reden in schwerer Zeit*, Bd. 1 (Anm. 10), S. 15-46, hier S. 18.

²¹ Friedrich Meinecke, *Die deutschen Erhebungen von 1813, 1848, 1870 und 1914*, in: ders., *Die deutsche Erhebung von 1914, Vorträge und Aufsätze*, Stuttgart, Berlin 1914, S. 9-38, hier S. 29.

²² Alois Riehl, *1813 – Fichte – 1914*, in: *Deutsche Reden in schwerer Zeit*, Bd. 1 (Anm. 10), S. 191-210, hier S. 207.

benmann katholisch oder Jude oder Protestant oder sonst etwas war“.²³ Der Berliner Neutestamentler Adolf Deißmann erblickte darin die Entstehung einer „Volksgemeinde“. Es habe eine konfessionsunabhängige „Mobilmachung nationaler und religiöser Kraft“ stattgefunden, die er als Ausdruck einer „religiösen Erhebung“ oder „religiösen Erweckung von 1914“ bezeichnete.²⁴

Vom „Geist von 1914“ zu den „Ideen von 1914“

Schon bald wurde der neue Zusammenhalt, d.h. die Überwindung der politischen, sozialen und konfessionellen Konflikte als „Geist von 1914“ bezeichnet. Im August sei, schrieb der Münsteraner Staatswissenschaftler Johann Plenge im Herbst 1914, ein „neuer Geist geboren: der Geist der stärksten Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und aller staatlichen Kräfte zu einem neuen Ganzen, in dem alle mit dem gleichen Anteil leben“.²⁵ Dieser Geist eines korporativen Miteinanders sollte „nicht verwehen, ohne auf Jahre hinaus das deutsche Gemütsleben zu vertiefen“.²⁶ Dementsprechend forderten der linkskonservative Bibliotheksdirektor des Preußischen Herrenhauses Friedrich Thimme und der Gewerkschaftsvorsitzende Carl Legien eine dauerhafte Zusammenarbeit zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie.²⁷ Stand, Konfession oder Religion sollten nicht mehr trennen, alle Deutschen in die nationale „Volksgemeinschaft“ integriert werden. Diese Zukunftsvisionen wurden seit Ende 1914 als „Ideen von 1914“ bezeichnet, ein Begriff, der von Plenge geprägt und in der Folgezeit popularisiert wurde.²⁸ Während der „Geist von 1914“ die retrospektive Beschreibung einer neuen, gemeinschaftsorientierten Haltung war, verkörperten die „Ideen“ die Umsetzung dieses Geistes in ein politisches Reformprogramm. Zwar hatte das einstimmige Votum für die Kriegskredite zunächst

²³ So der Berliner Altphilologe Ulrich v. Wilamowitz-Moellendorff, Krieges Anfang, in: *Deutsche Reden in schwerer Zeit*, Bd. 1 (Anm. 10), S. 1-14, hier S. 13.

²⁴ Adolf Deißmann, Der Krieg und die Religion, in: *Deutsche Reden in schwerer Zeit*, Bd. 1 (Anm. 10), S. 281-324, hier S. 297, 285, 294, 291.

²⁵ Johann Plenge, *Der Krieg und die Volkswirtschaft*, Münster 1915, S. 189.

²⁶ So im Dezember 1914 der ev. Theologe Ernst Rolffs, Der Geist von 1914, in: *Preußische Jahrbücher* 158 (1914), Heft 3, S. 377-391, hier S. 391.

²⁷ Ursula Ratz, „Die Arbeiterschaft im Neuen Deutschland“. Eine bürgerlich-sozialdemokratische Arbeiterschaft aus dem Jahre 1915, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* (1971), Heft 13, S. 1-26.

²⁸ Bruendel, *Volksgemeinschaft oder Volksstaat* (Anm. 14), S. 110ff., 119.

das bestehende Institutionensystem gestärkt, aber durch das Integrationsversprechen des Kaisers, fortan „nur Deutsche“ zu kennen, zugleich ein grundsätzliches Reformangebot an die ehemaligen „Reichsfeinde“ enthalten. Professoren, die sich in besonderer Weise als nationale Sinnstifter begriffen wie Philosophen, Theologen, Juristen und National-ökonomen, formulierten nun Reformvorschläge und planten den „neuen deutschen Staat“ (Plenge). Sie deuteten die „Ideen von 1914“ als Überwindung der „Ideen von 1789“ und stellten den Werten der französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – deutsche Gegenwerte gegenüber: „deutsche Freiheit“, „Kameradschaft“ und „Sozialismus“.

„Deutsche Freiheit“ bedeutete überindividuelle Bindung sowie die freiwillige Einordnung in die Gesamtheit der Nation. Grundlage dieser verbreiteten Freiheitsauffassung war die Überzeugung, dass jedes Individuum ohnehin in verschiedene Rahmenbedingungen und Konstellationen eingebettet war, es mithin gar keine umfassende Freiheit geben konnte, wollte man nicht in Anarchie und Chaos enden. Folgerichtig sprach für die organisierte „deutsche Freiheit“, dass Selbstbeschränkung und Einbindung nicht autoritär erzwungen werden mussten, sondern innerer Überzeugung entsprangen.²⁹ „Kameradschaft“ war das Gegenstück zur verpönten Gleichheit westlicher Prägung, die als „Gleichmacherei“ abgelehnt wurde. Von natürlicher Ungleichheit ausgehend, propagierten prominente Vertreter der „Ideen von 1914“ – Gelehrte unterschiedlicher Fachrichtungen und politischer Couleur wie Ernst Troeltsch, Reinhold Seeberg, Paul Natorp, Edgar Jaffé, Franz Oppenheimer und Johann Plenge – eine organische Gleichheit im Sinne der militärischen „Kameradschaftlichkeit“ (Adolf v. Harnack). Der durch die Wehrpflicht geformte wahre „Geist der Gleichheit“, so der Neukantianer Hermann Cohen, habe die Deutschen „gleich gemacht als Kämpfer für das Vaterland“. Kameradschaft, die „Gleichheit des Dienstes“ (Plenge), symbolisierte die kollektive Pflichterfüllung ohne Änderung der sozialen Hierarchie.³⁰ „Sozialismus“ oder „nationaler Sozialismus“ (Plenge) bzw. „Staatssozialismus“ (Troeltsch, Seeberg) galt schließlich als spezifisch deutsche Form von „Brüderlichkeit und Einheit“ (v. Harnack). Westlicher Konkurrenzkapitalismus sollte durch eine Gemeinschaftsverpflichtung aller „Volksgenos-

²⁹ Ebd., S. 116.

³⁰ Ebd., S. 117f.

sen“ beseitigt werden und die „Brüderlichkeit des echten Sozialismus“ (Plenge) den Bindungsgedanken der „deutschen Freiheit“ umsetzen.³¹

Rechte Sozialdemokraten, die sich zu den „Ideen von 1914“ bekannten, waren ebenfalls davon überzeugt, dass das liberale Zeitalter durch das sozialistische abgelöst werden würde, verstanden als eine umfassende Organisation. Aufgrund seiner etatistischen Traditionen bringe das Reich die besten Voraussetzungen mit, um das Modell dieser sozialistischen Ordnung zu werden.³² Inhaltlich stimmten die von Plenge und anderen entworfenen Konzepte des „Kriegssozialismus“, dessen Begriffsurheberschaft der Sozialdemokrat Paul Lensch, ein promovierter Nationalökonom, für sich reklamierte, weitgehend überein.³³ Lensch unterstellte dem Krieg eine objektiv revolutionäre Tendenz. Zusammen mit Heinrich Cunow und Konrad Haenisch, die wie er bis zum Krieg dem linken Parteiflügel zugerechnet wurden, begründete er eine eigene Position innerhalb der Sozialdemokratie.³⁴ Nationale Solidarität hieß das Gebot der Stunde. Sie sollte aus der Verteidigungsgemeinschaft eine „Volksgemeinschaft“ machen. Dieser Begriff, seit den 1860er Jahren bei Antisemiten wie Zionisten gleichermaßen nachweisbar, war um die Jahrhundertwende von der Jugendbewegung aufgegriffen und dann zunehmend auch von liberalen Imperialisten, jungdeutschen Ideologen und völkischen Militaristen verwendet worden.³⁵ Die Volksgemeinschaftsidee war der Gegenentwurf zur intransigenten Klassengesellschaft des Kaiserreiches und zur revolutionären Staatsvision der Arbeiterschaft. Er verhiess Sozialisten wie Nationalisten einen Interessenausgleich zwischen den sozialen Gruppen, d.h. den Verzicht auf Klassenkampf zugunsten einer solidarischen Produktionsweise.³⁶ War der Volksgemeinschaftsgedanke schon in der ersten Dekade des 20. Jahrhunderts im rechten Flügel der SPD als Verheißung nationaler In-

³¹ Ebd., S. 118f.

³² Vgl. Karlheinz Weißmann, *Der Nationale Sozialismus. Ideologie und Bewegung 1890-1933*, München 1998, S. 145.

³³ Axel Schildt, Ein konservativer Prophet moderner nationaler Integration. Biographische Skizze des streitbaren Soziologen Johann Plenge (1874-1963), in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 35 (1987), S. 523-570, hier S. 537-541. Vgl. auch Dieter Krüger, *Nationalökonomien im wilhelminischen Deutschland*, Göttingen 1983, S. 124-140.

³⁴ Weißmann, *Sozialismus* (Anm. 32), S. 146. Vgl. auch Robert Sigel, *Die Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe. Eine Studie zum rechten Flügel der SPD im Ersten Weltkrieg*, Berlin 1976.

³⁵ Gunther Mai, „Verteidigungskrieg“ und „Volksgemeinschaft“. Staatliche Selbstbehauptung, nationale Solidarität und soziale Befreiung in Deutschland in der Zeit des Ersten Weltkrieges (1900-1925), in: Michalka, *Weltkrieg* (Anm. 9), S. 583-602, hier S. 590.

³⁶ Ebd., S. 591.

tegration rezipiert worden, bot er sich im Krieg erst recht an, um die Integration der SPD in die Nation auszudrücken. So sprach Cunow 1915 vom „Volksgemeinschaftsgefühl“, während Haenisch 1916 feststellte, dass die sozialdemokratische Zustimmung zu den Kriegskrediten das „Zusammenstehen mit der Volksgemeinschaft in Not und Tod“ symbolisiere.³⁷

Die „Volksgemeinschaft“: Autoritäres Ordnungsmodell mit partizipatorischen Elementen

Die „Volksgemeinschaft“ war aber mehr als nur eine nationale Solidaritätsformel. Aus ihr wurden konkrete politische und wirtschaftliche Reformforderungen abgeleitet. Zwar bedeutete „nationaler Sozialismus“ keine Vergesellschaftung der Produktionsmittel, aber eine Zusammenfassung aller Produktivkräfte. Trotz zum Teil unterschiedlicher Auffassungen war eine planwirtschaftliche, dem Gemeinwohl dienende Volkswirtschaft das Ideal zahlreicher akademischer Sinnstifter. Sie forderten eine zentrale staatliche Lenkung von Wirtschaft und Verwaltung sowie ein Mitbestimmungssystem in der Wirtschaft.³⁸ Mit Walther Rathenau und Wichard v. Moellendorff arbeiteten zudem zwei Wirtschaftsführer mit der Reichsleitung zusammen, die ähnliche Gemeinwirtschaftskonzepte vertraten und die deutsche Volkswirtschaft einer zentralstaatlichen Planung unterwarfen.³⁹ Nicht zuletzt ihrem Einfluss ist es zu verdanken, dass sich der staatliche Interventionalismus im Zusammenhang mit den „Ideen von 1914“ zu einem regelrechten „Reforminterventionismus“⁴⁰ entwickelte, der seit 1916 einen Interventionsstaat mit korporativen Konsultationsmechanismen ausbildete. Viele der Bestimmungen des im Dezember 1916 verabschiedeten „Vaterländischen Hilfsdienstgesetzes“ entsprachen den Kernelementen korporativer Ordnungsideen. Das Gesetz sah eine allgemeine Arbeitspflicht für alle Männer vom 17. bis zum 60. Lebensjahr vor, die – sofern nicht an der

³⁷ Ebd. (Zitate ebd.).

³⁸ Dieter Krüger, Kriegsozialismus. Die Auseinandersetzung der Nationalökonomien mit der Kriegswirtschaft 1914-1918, in: Michalka, *Weltkrieg* (Anm. 9), S. 506-529, hier S. 506-516; Bruendel, *Volksgemeinschaft oder Volksstaat* (Anm. 14), S. 110ff., 120f.

³⁹ Wolfgang Michalka, Kriegsrohstoffbewirtschaftung, Walther Rathenau und die „kommende Wirtschaft“, in: ders., *Weltkrieg* (Anm. 9), S. 485-505, hier S. 497ff. Vgl. auch Christoph H. Werth, *Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945*, Opladen 1996, S. 73ff., 83f.

⁴⁰ Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3 (Anm. 6), S. 668.

Front – zum Hilfsdienst in der Wirtschaft, der Landwirtschaft und anderen wichtigen Stellen herangezogen werden konnten. Der staatliche Zwang wurde mit sozialpolitischen Maßnahmen kompensiert: In allen Betrieben mit über 50 Mitarbeitern mussten ständige Betriebsausschüsse eingerichtet werden.⁴¹ Damit wurde das korporative Arbeitsrecht, mithin die Tarifautonomie, eingeführt und die Gewerkschaften als Arbeitnehmervertreter anerkannt. Insofern hatte das Gesetz für die Fortentwicklung des deutschen Sozialstaats eine grundlegende Bedeutung.⁴² Zwar war es ein Bestandteil von Ludendorffs „System des Militärabsolutismus“ (Hans-Ulrich Wehler) und eine Reaktion auf den „totalen“, d.h. Front und Heimat umfassenden Krieg, aber es war auch das Resultat einer in Deutschland seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zunehmenden Verflechtung von Arbeitnehmerorganisationen, Wirtschaft und Staatsverwaltung, die an die Stelle freier Marktmechanismen trat. Die Defizite der Marktentwicklung sollten durch zielgerichtete staatliche Eingriffe ausgeglichen werden. Angestrebt wurde der politisch gesteuerte Kompromiss, bei dem ein Kartell der Interessenverbände von Wirtschaft und Arbeiterschaft den Markt unter staatlicher Mitwirkung zu regulieren versuchte.⁴³ Staatliche Organisation, d.h. Führung, sollte liberale Selbststeuerung ersetzen, während Mitbestimmung Partizipation am Gemeinwesen verhiel.

Eine spezifische Mischung aus Führung und Mitbestimmung kennzeichnete die korporativen Reformvorstellungen hinsichtlich der ökonomischen wie der politischen Ordnung. Die Vision einer „Volksgemeinschaft“ implizierte die Vorstellung vom Volk als organischer Einheit. Daraus folgte, dass nicht unterschiedliche Individualinteressen, sondern das Gesamtinteresse des Volkes im Mittelpunkt staatlicher Politik zu stehen hatten. Aus dem Primat des Gemeinwohls ergab sich die Vorstellung eines einheitlichen Volkswillens. Ein Wahlrecht, das unterschiedlichen Interessen Rechnung trug, war daher zweitrangig. Dementsprechend betrachtete die Mehrheit der korporativistischen Deutungsträger um Plenge das Parlament nicht als Entscheidungs-, sondern als beratendes Expertengremium. Die aus Fachbeamten bestehende Regierung sollte ihrer Meinung nach „über den Parteien“ stehen. Grundlage dieser Ordnungsidee war die Utopie

⁴¹ Jürgen Kocka, *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918*, Göttingen²1978, S. 114f.

⁴² Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949*, München 2003, S. 117f.

⁴³ Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3* (Anm. 6), S. 662, 665, 668-675, 680.

einer konfliktfreien, harmonischen Gemeinschaft.⁴⁴ Demgegenüber strebte eine Minderheit der Gelehrten nach einer aus Parteien gebildeten Regierung sowie nach der parlamentarischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers. Auf diese Weise sollte in der deutschen konstitutionellen Monarchie ein Gleichgewicht zwischen Monarch und Parlament hergestellt werden. Diese konstitutionelle Reformvorstellung drückte sich im Begriff „Volksstaat“ aus, welcher die Selbstregierung mündiger Staatsbürger symbolisierte. Die Staatsrechtler Hugo Preuß und Gerhard Anschütz, zwei prominente Vertreter des Konstitutionalismus, sprachen sich dafür aus, den Obrigkeitsstaat durch die verantwortliche Beteiligung der Parteien an der politischen Willensbildung zu überwinden.⁴⁵ Indem Korporativismus und Konstitutionalismus einen Institutionenwandel implizierten, delegitimierten sie die Staatsordnung Bismarckscher Prägung.

Von der inklusiven zur exklusiven „Volksgemeinschaft“

Die Vertreter beider Reformvorstellungen, sowohl der Volksgemeinschafts- als auch der Volksstaatsidee, setzten auf gesamtgesellschaftliche Integration. Einen „inneren Feind“ sollte es nicht mehr geben. Vor dem Hintergrund des Augusterlebnisses wurden ein sozialer, ein konfessioneller und religiöser Frieden sowie ein Nationalitätenfrieden gefordert. Die vor dem Krieg noch als „Reichsfeinde“ angesehenen Sozialdemokraten und Katholiken sollten künftig ihren Platz in der deutschen Gesellschaft haben. Auch für die deutschen Juden und die nationalen Minderheiten – die „preußischen Polen“ und die französischsprachigen Lothringer – galt das Integrations- bzw. Inklusionsversprechen.⁴⁶ Gleichwohl war die Beendigung der inneren Feindschaft nicht von langer Dauer. Eine Ursache für das Wiederaufbrechen alter Gegensätze lag in der Kriegszieldiskussion: Je länger der Krieg dauerte und je weniger ein Ende abzusehen war, desto heftiger wurden die Auseinandersetzungen um Kriegsziele und Friedensschluss. Was zunächst 1915 mit einer versteckten Agitation nationalistischer Professoren und alldeutscher Kreise begann, entwickelte sich seit der Freigabe der Kriegszieldiskussion zu einer regelrechten Kampagne, die zunehmend auch gegen die Person Bethmann Hollweg gerichtet war.

⁴⁴ Bruendel, *Volksgemeinschaft oder Volksstaat* (Anm. 14), S. 110, 125ff.

⁴⁵ Ebd., S. 104-108.

⁴⁶ Ebd., S. 107, 129f.

Die Gründung der „Deutschen Vaterlandspartei“ im August 1917 markierte die Spaltung der Kriegsgesellschaft und den endgültigen Bruch des Burgfriedens.⁴⁷ Eine zweite Ursache lag im unerfüllten Reformversprechen: Je länger substantielle Ergebnisse der Reformdiskussion ausblieben, desto mehr wuchs der Unmut innerhalb der SPD. In der Reichstagssitzung vom 24. März 1916 sprach sich Hugo Haase nun gegen die Bewilligung der Kriegskredite aus. Zusammen mit anderen oppositionellen Abgeordneten gründete er eine separate „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ (SAG). Die Gründung der USPD im April 1917 besiegelte die Spaltung der Arbeiterschaft.⁴⁸ Damit hängt die dritte Ursache zusammen: die Wiederkehr des „inneren Feindes“ in Gestalt sowohl der USPD als auch der Reichstagsmehrheit, die sich im Frühsommer aus SPD, Liberalen und Zentrum gebildet hatte und von rechts bekämpft wurde. In diesem Zusammenhang ist auch der seit 1916 rapide ansteigende Antisemitismus zu erwähnen, zumal alldeutsche und nationalistische Kreise dem Judentum vorwarfen, es beherrsche die Presse und die Linksparteien und instrumentalisieren sie für eigene Zwecke.⁴⁹ Aber auch der Antikatholizismus nahm wieder zu, so dass chauvinistische Professoren wie der Berliner Historiker Georg v. Below die „rote“, die „goldene“ und die „schwarze“ Internationale zum Feindbild erklärten und somit Sozialdemokraten, Juden und Katholiken aus der „Volksgemeinschaft“ ausschlossen.⁵⁰

Indem die Radikalnationalisten die Spaltung der Gesellschaft öffentlich reflektierten, verstärkten sie diese zugleich. Die „Volksgemeinschaft“ wurde von den Anhängern der Vaterlandspartei und ihrem Umfeld exklusiv definiert. Aus der Notwendigkeit der Abgrenzung vom äußeren Feind ergab sich fast zwangsläufig die Exklusion im Innern. Indem Integration angestrebt wurde, entwickelte sich zugleich ein Verlangen nach Homogenität, so dass die Integrationsbemühungen paradoxerweise gerade soziale Desintegration implizierten. Aufgrund der zunehmend angespannten innenpolitischen Situation büßte das Augusterlebnis seine Funktion als zentraler Bezugspunkt der Zukunftsdeu-

⁴⁷ Hans Hagenlücke, *Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreichs*, Düsseldorf 1997, S. 119ff. Vgl. auch Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4 (Anm. 42), S. 125ff.

⁴⁸ Miller, *Burgfrieden* (Anm. 5), S. 75ff., 92ff., 125f.; Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4 (Anm. 42), S. 122ff.

⁴⁹ Saul Friedländer, Die politischen Veränderungen der Kriegszeit und ihre Auswirkungen auf die Judenfrage, in: Werner E. Mosse (Hg.), *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution, 1916-1923*, Tübingen 1921, S. 27-65, hier S. 33ff.; Picht, *Zwischen Vaterland und Volk* (Anm. 9), S. 745ff.; Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4 (Anm. 42), S. 128-134.

⁵⁰ Georg v. Below, *Der Nuntius kommt*, in: *Deutschlands Erneuerung* 2, Heft 7, 1918, S. 478-485, hier S. 482.

tungen ein. Die Radikalnationalisten um v. Below und seinen Kollegen Dietrich Schäfer vertraten einen völkischen Korporativismus, d.h. sie wollten dem berufsständisch gegliederten, ethnisch, religiös und konfessionell möglichst homogenen Volk die Mitbestimmung im Staatswesen ermöglichen. Nicht ein Parlament als Volksvertretung, sondern eine Ständeversammlung als Berufsgruppenvertretung sollte das Organ politischer Partizipation sein. Die Gliederung des Volkes in Berufsstände analog der mittelalterlichen Stände wurde als kongeniale Verbindung traditionaler und moderner Elemente gedeutet und als eigenständige, spezifisch deutsche Staatsform interpretiert.⁵¹ Die Forderung nach einer „Erneuerung“ des Volkes, die mit einer scharfen Kritik an der pluralistischen Moderne einherging, stand in der Tradition völkischer Vorstellungen und Rassetheorien, die bereits im 19. Jahrhundert entwickelt worden waren und im radikalen Nationalismus ihren Niederschlag gefunden hatten.⁵² Das Umfeld insbesondere der exklusiv-völkischen Korporativisten war wesentlich größer als das derjenigen, die einen erneuerten Konstitutionalismus oder einen inklusiven Korporativismus im Sinne der „Ideen von 1914“ anstrebten. Die Mehrheit der Deutungsträger befürwortete bis zum Kriegsende korporative Staatsmodelle, d.h. eine wie auch immer definierte „Volksgemeinschaft“.

Reformen und Revolution 1918/19: Neubegründung der „Volksgemeinschaft“?

Im Zuge der von der Obersten Heeresleitung nach dem Scheitern der deutschen Sommeroffensiven 1918 veranlassten Oktoberreformen kam es zunächst zu einer Parlamentarisierung des Reiches. Mit der Einführung der parlamentarischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und der Berufung von Vertretern der Reichstagsmehrheit in die Regierung wurde eine wesentliche Reformforderung der Konstitutionalisten erfüllt und die Institutionalisierung der Volksstaatsidee hatte begonnen. Da die Reformen jedoch nicht sofort erkennbar wirksam waren, schien das alte System fortzubestehen. Weil außerdem das von der neuen Regierung auf Druck der OHL unmittelbar nach Amtsantritt erfolgte Waffenstillstandsersuchen zu der schockierenden Erkenntnis führte, den Krieg

⁵¹ Steffen Bruendel, *Volksgemeinschaft oder Volksstaat* (Anm. 14), S. 275-286.

⁵² Vgl. Stefan Breuer, *Ordnungen der Ungleichheit – die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871-1945*, Darmstadt 2001, S. 47-104, 329-355.

verloren zu haben, wurden die Verfassungsänderungen öffentlich kaum wahrgenommen und weitere Reformschritte von der Entwicklung überholt. Als Ende Oktober die „Admiralsrebellion“ – der unautorisierte Befehl zum Auslaufen der Flotte – die Meuterei der Matrosen und damit die Revolution auslöste, die am 9. November Berlin erreichte, überschlugen sich die Ereignisse: Reichskanzler Prinz Max von Baden gab eigenmächtig die Abdankung des Kaisers bekannt und übergab die Kanzlerschaft an Friedrich Ebert. Die Monarchie endete, als der sozialdemokratische Abgeordnete Philipp Scheidemann und der Sozialist Karl Liebknecht konkurrierend die Republik ausriefen und der Kaiser von seinem Hauptquartier aus ins holländische Exil floh.⁵³ Im Kampf um die politische Neuordnung Deutschlands 1918/19 standen sich nun die Ordnungsidee der parlamentarischen Demokratie und die Idee einer Räterepublik gegenüber. Trotz der Verbreitung exklusiver Volksgemeinschaftsdeutungen hofften viele liberale Intellektuelle, die Revolution werde eine Erneuerung des „Geistes von 1914“ bewirken und die Republik den Weg ebnen „zu einem neuen Gemeinschaftsgefühl“ (Theodor Heuß). Mit Publikationen der „Zentralstelle für Heimatdienst“, der Vorläuferin der heutigen „Bundeszentrale für politische Bildung“, versuchte die Regierung, die Revolution öffentlichkeitswirksam als „Anfang der Gemeinschaft des Volkes“ zu deuten und beschwor den „Geist der neuen Volksgemeinschaft“.⁵⁴

Im Rahmen der Neuordnung versuchte das Reichswirtschaftsministerium unter dem Sozialdemokraten Rudolf Wissell und dem von ihm zum Staatssekretär berufenen Moellendorff 1919, Strukturen der Kriegswirtschaft, d.h. des Kriegs- bzw. Staatssozialismus zu erhalten. Wenngleich sie der staatlichen Verwaltung nun nicht mehr den Vorrang einräumten, konnten sie ihre Pläne wegen eines – auch durch den Misserfolg des Vaterländischen Hilfsdienstes bedingten – „allgemeinen Anti-Etatismus“ nicht umsetzen.⁵⁵ Schon während des Krieges hatten die Planwirtschaftsgedanken Rathenaus und Moellendorffs die Unternehmer weitaus mehr beunruhigt als die sozialistischen Ideen der Sozialdemokraten, so dass seit 1917 versucht worden war, das Hilfsdienstgesetz zu

⁵³ Mai, *Ende* (Anm. 8), S. 147-172, insb. S. 158ff.

⁵⁴ Verhey, *Geist von 1914* (Anm. 13), S. 346ff. (Heuß-Zitat S. 347); Weißmann, *Sozialismus* (Anm. 32), S. 195/Fn. 42.

⁵⁵ Krüger, *Kriegssozialismus* (Anm. 38), S. 523 (Zitat ebd.). Vgl. auch Werth, *Sozialismus und Nation* (Anm. 39), S. 83f., 88ff.; Gerald D. Feldman, *Kriegswirtschaft und Zwangswirtschaft. Die Diskreditierung des „Sozialismus“ in Deutschland während des Ersten Weltkrieges*, in: Michalka, *Weltkrieg* (Anm. 9), S. 456-484, hier S. 456f.; Weißmann, *Sozialismus* (Anm. 32), S. 195.

modifizieren.⁵⁶ Der Versuch, 1919 einen moderaten Staatssozialismus zu etablieren, scheiterte.⁵⁷ Gleichwohl wurden bestimmte Elemente der Kriegswirtschaft in die neue republikanische Staatsordnung überführt. So waren verschiedene Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung, die einen „Kompromiß zwischen unterschiedlichen weltanschaulichen Lagern“⁵⁸ repräsentierte, bereits im Zusammenhang mit den „Ideen von 1914“ formuliert worden. Zum Beispiel entsprachen die – realiter allerdings bedeutungslosen – Maßgaben für die Einrichtung eines Wirtschaftsparlaments, des so genannten Reichswirtschaftsrats, den Forderungen sowohl der Arbeiter- und Soldatenräte als auch denen der äußersten Rechten, die dadurch ihre Vorstellungen von einer berufsständischen Kammer verwirklichen wollte.⁵⁹ Hervorzuheben ist auch die Verankerung des bereits im „Vaterländischen Hilfsdienstgesetz“ begründeten Gedankens der Tarifpartnerschaft und –autonomie in Artikel 165 der neuen Verfassung⁶⁰ – der wohl wirkungsvollsten Neuerung, der die „Ideen von 1914“ den Weg bereitet hatten.

Verschiedene Volksgemeinschaftstopoi in der Weimarer Republik

Zwar war der Begriff „Volksgemeinschaft“ in der zweiten Kriegshälfte von Rechtsintellektuellen und Radikalnationalisten zunehmend völkisch-exklusiv gedeutet worden, aber auch in der Weimarer Republik gab es „eine sozialdemokratische und eine liberale Variante des Volksgemeinschaftstopos“.⁶¹ Die sozialdemokratische Variante reflektierte die Akzeptanz des Verteidigungskonsenses von 1914 und sollte als „Organisationsmodell einer Notgemeinschaft“ nach dem Krieg zu einem selbstverwalteten sozialen Interessenausgleich führen. Für den SPD-Abgeordneten Eduard David stand die „Volksgemeinschaft“ über den Parteiinteressen und für Reichspräsident Ebert war sie das Symbol innerer Geschlossenheit und einer über allen Klassenegoismen liegenden nationalen

⁵⁶ Feldman, *Kriegswirtschaft und Zwangswirtschaft* (Anm. 55), S. 480.

⁵⁷ Krüger, *Kriegssozialismus* (Anm. 38), S. 523.

⁵⁸ Heinrich August Winkler, *Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 1993, S. 107.

⁵⁹ Ebd., S. 102f.

⁶⁰ Ebd., S. 103. Vgl. auch Krüger, *Nationalökonomien* (Anm. 33), S. 165ff.

⁶¹ Eberhard Kolb, *Geistige Mobilmacher. Deutschland im Ersten Weltkrieg: Wie sich Gelehrte die Zukunft vorstellten*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6.11.2003.

Solidarität.⁶² Die liberale Variante des Volksgemeinschaftstopos bezeichnete die von Gustav Stresemann angeregte große Koalition von SPD bis DNVP als „parlamentarische Volksgemeinschaft“ und bezog sich außerdem auf das Zusammenwirken von Unternehmern und Gewerkschaften.⁶³ Die republiktreuen Parteien hofften, eine „Volksgemeinschaft“ mit Hilfe der neuen Verfassung und demokratischer Strukturen herausbilden zu können. 1924 betonte Preuß, der Schöpfer der Weimarer Reichsverfassung, mit Blick auf die Verfassungsdiskussion während des Krieges, dass sich „Volksgemeinschaft“ und „Parteikampf“ keineswegs ausschließen, sofern letzterer auf dem Boden der Weimarer Verfassung geführt werde, welche die „Grundlage einer echten Volksgemeinschaft“ sei.⁶⁴ Versuche, die Gedenkfeier des Kriegsbeginns 1924 zur Verbindung der republikanischen Verfassung mit dem „Geist von 1914“ zu nutzen, waren allerdings erfolglos. Es gelang den demokratischen Parteien nicht, das Augusterlebnis positiv für die neue Staatsordnung zu vereinnahmen. Ab 1925 wurde der Jahrestag des August zumeist ignoriert.⁶⁵ Dessen ungeachtet blieb die „Volksgemeinschaft“ mit dem Kriegsbeginn verbunden: So wies der Rechtsprofessor Gustav Radbruch, der Anfang der zwanziger Jahre kurzzeitig Reichsjustizminister gewesen war und seit 1926 in Heidelberg lehrte, in seiner Verfassungsrede 1928 darauf hin, dass die demokratischen Bemühungen zur Bildung einer „Volksgemeinschaft“ nicht nur das Resultat der Revolution von 1918/19 seien, sondern auch ein Ergebnis der Erfahrungen von 1914.⁶⁶

Mit den Begriffen „Volksgemeinschaft“, „Gemeinwirtschaft“ und „Sozialismus“ wurde eine Gemeinschaft des Volkes beschworen, die von allen politischen Richtungen angestrebt, aber unterschiedlich definiert wurde: Die Vorstellung von einer „demokratischen Volksgemeinschaft“ war Auffassungen von einer „Volksgemeinschaft“ als völkisch definierter Abstammungsgemeinschaft diametral entgegengesetzt.⁶⁷ Der steigenden Desintegrationsfurcht in der Nachkriegszeit stellten Radikalnationalisten eine neue Integrationshoffnung entgegen, die um den Begriff „Volk“ kreiste. Als anthropologische

⁶² Mai, „Verteidigungskrieg“ und „Volksgemeinschaft“ (Anm. 35), S. 591ff. (Ebert-Zitat S. 591/Fn. 41).

⁶³ Ebd., S. 593.

⁶⁴ Verhey, *Geist von 1914* (Anm. 13), S. 349; Mai, „Verteidigungskrieg“ und „Volksgemeinschaft“ (Anm. 35), S. 593/Fn. 46.

⁶⁵ Verhey, *Geist von 1914* (Anm. 13), S. 337ff., 344.

⁶⁶ Ebd., S. 348f.

⁶⁷ Mai, „Verteidigungskrieg“ und „Volksgemeinschaft“ (Anm. 35), S. 594.

Letztbestimmung rückte er ins Zentrum radikaler Exklusionsprinzipien. Betroffen von der Exklusion waren insbesondere die Juden, aber auch die Sozialdemokraten wurden nunmehr hemmungslos angegriffen. Durch scharfe Exklusion und privilegierende Inklusion sollte nach Kriegsende ein überlegener Solidarverband geschaffen werden: die völkisch begründete „Volksgemeinschaft“. Nach dem Zerfall der alten Staatsordnung, dem Verlust der Kolonien, nach der militärischen Entmachtung und den großen Gebietsverlusten, die das Deutsche Reich 1919 hinnehmen musste, schien nur noch ‚das deutsche Volk‘ Kontinuität zu gewähren und Homogenität zu verheißen.⁶⁸ Es stellte eine „Integrationssubstanz“ dar, „die durch kritische Reflexion nicht mehr überwunden werden konnte“.⁶⁹ Um das Volk vor ‚Zersetzung‘ zu schützen, wurde die „arische, alle Juden und Fremdvölkischen, Linken und ‚Erbkranken‘ ausschließende ... ‚neue‘, ‚junge Nation“ zur Handlungseinheit erhoben.⁷⁰ Mit Blick auf die künftige Staatsordnung entwickelten rechtsintellektuelle Deutungsträger Plenges Symbiose von Nationalismus und Sozialismus weiter.⁷¹

Schriftsteller und Publizisten wie Oswald Spengler, Arthur Moeller van den Bruck und Paul Tafel übernahmen den Terminus „nationaler Sozialismus“ und verwendeten ihn als Kampfbegriff gegen die ‚undeutsche‘ demokratische Staatsform, die in Deutschland eingeführt worden war. Sie strebten einen „sozialistischen“ Staat an, der sich vom westlichen ebenso wie vom russisch-bolschewistischen System unterscheiden sollte.⁷² Wie für viele rechtsnationale Sozialisten war auch für die Intellektuellen im Umkreis von Eugen Diederichs Zeitschrift „Die Tat“ die Organisation der Kriegswirtschaft, von Zeitgenossen auch nach dem Krieg noch oft „Kriegssozialismus“ genannt, die zentrale wirtschaftspolitische Erfahrung. Ihre Konzepte zur Ordnung der nationalen Volkswirtschaft beruhten auf den Gemeinwirtschaftsmodellen von Rathenau und Moellendorff. Autarkie

⁶⁸ Hans-Ulrich Wehler, Radikalnationalismus – erklärt er das „Dritte Reich“ besser als der Nationalsozialismus?, in: ders.: *Umbruch und Kontinuität. Essays zum 20. Jahrhundert*, München 2000, S. 47–64, hier S. 54ff. Vgl. auch Kurt Sontheimer, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933*, München 1962, S. 308ff.; Klaus Tanner, *Die fromme Verstaatlichung des Gewissens. Zur Auseinandersetzung um die Legitimität der Weimarer Reichsverfassung in Staatsrechtswissenschaft und Theologie der zwanziger Jahre*, Göttingen 1989, S. 263.

⁶⁹ Friedrich Wilhelm Graf, Die Nation – von Gott erfunden? Kritische Randnotizen zum Theologiebedarf der historischen Nationalismusforschung, in: Gerd Krumeich/Hartmut Lehmann (Hg.), *„Gott mit uns“: Nation, Religion und Gewalt im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, Göttingen 2000, S. 285–317, hier S. 308.

⁷⁰ Wehler, Radikalnationalismus (Anm. 68), S. 55.

⁷¹ Verhey, *Geist von 1914* (Anm. 13), S. 352.

⁷² Weißmann, *Sozialismus* (Anm. 32), S. 196.

stand im Mittelpunkt ihrer Überlegungen und damit verbunden auch Planwirtschaft, Binnenwirtschaft und Bedarfsdeckung sowie eine vom Ausland unabhängige Geldpolitik.⁷³ Der „deutsche Sozialismus“ wurde definiert als das Zurücktreten des Individuums zugunsten des nationalen Gemeinschaftslebens: „Aus der Gemeinschaft entsteht der Sozialismus, der nur innerhalb der Grenzen bleiben, nur national sein kann“.⁷⁴ Indem die Vertreter des Rechtssozialismus die nationale Gemeinschaft als große Fabrik deuteten, wollten sie die maschinelle Steuerung der Volkswirtschaft auf die Gesamtgesellschaft übertragen. Folgerichtig wurde der Mensch nur noch als Maschinenteil, als Rädchen im Getriebe gesehen. Technische Fortschrittsbegeisterung mischte sich hier mit Sozialromantik, patriarchalische Gemeinschaftsvorstellungen mit einem mechanischen Maschinenkonzept.⁷⁵ Die „Volksgemeinschaft“ als Konzernbelegschaft – so kann man die rechtssozialistische Vorstellung pointiert beschreiben.

Von der künftigen „Volksgemeinschaft“ gab es auch eine nationalbolschewistische Vorstellung. Während der „bürgerliche Nationalbolschewismus“ der außenpolitischen Überlegung entsprang, die Nachkriegsordnung im Verein mit Russland zu überwinden, propagierte der „antibürgerliche“ Nationalbolschewismus einen nationalistischen Kommunismus und hob die Bedeutung der Arbeiterschaft für die Einheit der Nation hervor.⁷⁶ Die Hamburger Nationalkommunisten um Heinrich Laufenberg und Friedrich Wolffheim, aber auch Einzelgänger wie Paul Eltzbacher verbanden ihre Vorstellungen von einer planwirtschaftlichen „nationalen Volksorganisation“ mit ihrer Forderung nach außenpolitischer Annäherung an Sowjetrußland, von der sie sich ein rasches Wiedererstarken Deutschlands versprachen.⁷⁷ Ernst Niekisch, in der Revolutionszeit kurzzeitig Vorsitzender des Zentralrats der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, wurde in den zwanziger Jahren zu einem der pointiertesten Publizisten des nationalkommunistischen Spektrums. Ein mythisch überhöhtes Preußen sowie Russland waren für ihn Vorbilder, insbesondere hinsichtlich ihres Widerstandes gegen westliche Fremdherrschaft. Kapitalismus und „Versailles“ als westlich-bürgerliches Joch waren für ihn iden-

⁷³ Werth, *Sozialismus und Nation* (Anm. 39), S. 162, 153ff.

⁷⁴ So Ferdinand Fried (= Ferdinand Friedrich Zimmermann), einer der Redakteure der „Tat“, zit. in Werth, *Sozialismus und Nation* (Anm. 39), S. 159.

⁷⁵ Werth, *Sozialismus und Nation* (Anm. 39), S. 280f.

⁷⁶ Sontheimer, *Antidemokratisches Denken* (Anm. 68), S. 161.

⁷⁷ Weißmann, *Sozialismus* (Anm. 32), S. 196.

tisch und beides zu bekämpfen. Nur eine dezidiert national gesinnte Arbeiterschaft konnte seiner Meinung nach die bürgerlich-kapitalistische Ordnung überwinden. Hier ähnelten seine Vorstellungen denen des Sozialdemokraten August Winnig, mit dem er vorübergehend zusammengearbeitet hatte. Ganz wie die Rechtsintellektuellen stellte auch Niekisch den Staat in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. Der Sozialismus gab der Arbeiterschaft ihren Platz in der von Ordnung und Staatshingabe geprägten „Volksgemeinschaft“.⁷⁸ Die Ablehnung des Versailler Vertragswerkes sowie der französischen Ruhrpolitik brachte Teile der deutschen Nationalkommunisten in die Nähe der jungen Nationalisten. Ihr Einfluss blieb jedoch gering. Weder wurde die nationalkommunistische Richtung offizielle Linie der Partei noch waren ihre Anhänger zahlreich. Dennoch ist die ideologische Verschränkung von national orientiertem Kommunismus und sozialrevolutionärem Nationalismus bemerkenswert, war sie doch symptomatisch für die Radikalisierung der ideenpolitischen Auseinandersetzung in den 20er Jahren, in der sich Extreme berührten.⁷⁹

Neuem Nationalismus und marxistischem Sozialismus war ein antibürgerlicher, antikapitalistischer Grundzug gemein. Insofern war auch der Übergang von der Idee eines sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zum Konzept der als „deutscher Sozialismus“ bezeichneten „Volksgemeinschaft“ fließend. Marxisten und Rechtssozialisten räumten dem Kollektiv, der „Gemeinschaft“, unbedingten Vorrang ein und verliehen dem Gemeinwohl eine höhere Bedeutung als dem autonomen Individuum. Individualismus galt, wie im Krieg, als westlich, verweichlicht und undeutsch.⁸⁰ Die Intellektuellen aus dem Umfeld der einflussreichen Zeitschrift „Die Tat“ sowie nationalorientierte Sozialisten wie Moeller van den Bruck, Nationalkommunisten wie Niekisch und rechte Sozialisten wie Ernst Jünger waren keine „konservativen Revolutionäre“. Sie wollten nichts konservieren, sondern die bestehende Gesellschaft zerschlagen. In ihrem „ästhetizistisch elitären Protesthabitus“ (Friedrich Wilhelm Graf) beschworen sie eine korporativistische Gesellschaftsordnung und hielten Gesinnungen für wichtiger als Institutionen. Das Unbestimmte ihrer Vorstellungen sowie die Vieldeutigkeit ihrer Begrif-

⁷⁸ Werth, *Sozialismus und Nation* (Anm. 39), S. 131ff., 137; Sontheimer, *Antidemokratisches Denken* (Anm. 68), S. 162ff.; Weißmann, *Sozialismus* (Anm. 32), S. 183.

⁷⁹ Sontheimer, *Antidemokratisches Denken* (Anm. 68), S. 162. Vgl. auch Weißmann, *Sozialismus* (Anm. 32), S. 196.

⁸⁰ Sontheimer, *Antidemokratisches Denken* (Anm. 68), S. 342; Werth, *Sozialismus und Nation* (Anm. 39), S. 277.

fe erlaubten es ihnen, sich als Verkünder einer höheren Ordnung, als Propheten eines dereinst kommenden „dritten Reiches“ zu gerieren.⁸¹ Die begriffliche Vieldeutigkeit korrespondierte mit der ihnen eigenen Widersprüchlichkeit: Intellektuelle, die den Individualismus verwarfen, sich aber als geistige Führer der Massen inszenierten, Antisemiten, die der völkischen Erneuerung das Wort redeten, aber Rathenau bewunderten, Ästhetiker, die das Proletariat verachteten, aber „den Arbeiter“ zum männlichen Idol stilisierten.

Vieldeutigkeit kennzeichnete auch die Anhänger der NSDAP, die sich in besonders radikaler Weise dem Kampf gegen die Republik verschrieben hatten. Die Heterogenität des am 20. Februar 1920 verkündeten nationalsozialistischen Parteiprogramms bot die Möglichkeit zur Projektionsfläche von Hoffnungen und Sehnsüchten vielfältiger Art.⁸² Quintessenz des Programms war die Einigung der Nation unter einem „nationalen Sozialismus“ und die Versöhnung aller Stände in einer „Volksgemeinschaft“, wenngleich dieser Begriff im Gegensatz zur Rhetorik im Programm nicht vorkam.⁸³ Auch die von diversen Rechtsintellektuellen bewunderte Kriegswirtschaft Rathenauscher Prägung war für Hitler kein Vorbild für eine künftige Planwirtschaft, denn unter dem „Deckmantel der Kriegsgesellschaften“ hätten die Juden einen „infamen[n] Beutezug ... gegen das deutsche Volk“ organisiert.⁸⁴ Hitler besaß „kaum ein inneres Verhältnis zum Programm des ‚nationalen Sozialismus‘“.⁸⁵ Stattdessen vermied er programmatische Festlegungen und hielt sich ideologische Optionen offen. Dementsprechend suchten sich die Vordenker seiner Partei aus den Schriften der Rechtsintellektuellen die Versatzstücke aus, die ihnen passten, und kombinierten sie mit dem Parteiprogramm. Im Vergleich zum Programm ist der „Deutsche Sozialismus“ der NS-Linken als die „ernsthafte und geistreichere Variante“ beschrieben worden.⁸⁶ Das theoretische Konzept fußte auf dem Gedan-

⁸¹ Werth, *Sozialismus und Nation* (Anm. 39), S. 281. Vgl. auch Armin Mohler, *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch*, Darmstadt³1989, und Stefan Breuer, *Anatomie der Konservativen Revolution*, Darmstadt 1993.

⁸² Werth, *Sozialismus und Nation* (Anm. 39), S. 228f. Vgl. auch Eberhard Jäckel, *Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft*, Tübingen 1969, S. 86ff.

⁸³ Karl Dietrich Bracher, *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, Köln/Berlin 1969, S. 92; Werth, *Sozialismus und Nation* (Anm. 39), S. 228f.

⁸⁴ Adolf Hitler, *Mein Kampf*, Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1937, S. 622.

⁸⁵ Bracher, *Diktatur* (Anm. 83), S. 93.

⁸⁶ Martin Broszat, *Der Staat Hitlers*, München¹²1989, S. 37.

kengut der rechtsintellektuellen Kreise Berlins, zu denen die Brüder Otto und Gregor Strasser Kontakte unterhielten. Für sie waren – ebenso wie für den befreundeten Moeller van den Bruck – Kapitalismus und westlicher Liberalismus das Feindbild schlechthin, während der Marxismus als dessen Unterart ebenfalls abgelehnt wurde.⁸⁷

Für die NS-Linke bedeutete Sozialismus, so die Formulierung Otto Strassers, „’Anteil am Besitz, Anteil am Gewinn, Anteil an der Leitung der Wirtschaft’“. Aufgabe der Wirtschaft sei die Bedarfsdeckung, nicht das Profitstreben. Dem nationalen Freiheitskampf müsse die innere sozialistische Befreiung vorangehen, damit jeder „Volksgenosse“ den Anteil an der Nation habe, der ihn „’zu einem mitbesitzenden, mitbestimmenden Staatsbürger der deutschen Volksgemeinschaft’“ macht.⁸⁸ Einer „nationalbolschewistischen“ Öffnung nach links, wie vom Strasser-Flügel gefordert, stand Hitler aus machttaktischem Kalkül misstrauisch gegenüber, strebte er doch eine Unterstützung seiner Bewegung auch durch bürgerliche Honoratioren und großindustrielle Kreise an.⁸⁹ Der Sozialismusbegriff des Nationalsozialismus war ein „ideologisches Accessoire“ (Christoph Werth), das geschickt eingesetzt wurde. Das galt auch für die bedeutungsvollste Aneignung aus dem semantischen Reservoir der Rechtsintellektuellen, den Begriff „Drittes Reich“, den Goebbels von der programmatischen Schrift Moeller van den Brucks für die NS-Propaganda übernahm.⁹⁰ Chiliastische Metaphern wie die vom „dritten Reich“ entsprachen einer in den 20er Jahren verbreiteten Erlösungshoffnung, die sich auch in der Sehnsucht nach einem charismatischen Führertum zeigte. Dass sie „keineswegs nur Allgemeingut der Rechten“ war,⁹¹ sollte sich nicht zuletzt an der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten im Jahre 1925 zeigen. Auch der Bismarckkult der 20er Jahre repräsentierte das verbreitete Verlangen nach einem starken Führer. In der Verherrlichung des Reichsgründers vereinigten sich „Führermythos und Reichsvision“.⁹² Die Wiederkehr einer vergleichbaren Persönlichkeit wurde herbeigesehnt. So hieß

⁸⁷ Werth, *Sozialismus und Nation* (Anm. 39), S. 244f., 285.

⁸⁸ Ebd., S. 245ff. (Strasser-Zitate ebd., S. 245 und 247).

⁸⁹ Ebd., S. 256.

⁹⁰ Ebd., S. 268, 284.

⁹¹ Wehler, *Radikationalismus* (Anm. 68), S. 54.

⁹² Klaus Schreiner, *Politischer Messianismus, Führergedanke und Führererwartung in der Weimarer Republik*, in: Manfred Hettling (Hg.), *Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen*, München 1991, S. 237-247, hier S. 239. Vgl. auch Sontheimer, *Antidemokratisches Denken* (Anm. 68), S. 280ff.

es auf der Reichsgründungsfeier der DNVP im Jahre 1924: „Noch fehlt der große Führer ... Aber er wird kommen“.⁹³

Die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“

Die rechtsintellektuellen Verkünder des nationalen Sozialismus wurden vom schnellen Aufstieg des Nationalsozialismus ebenso überrascht wie dessen politische Führungsriege. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise erhielt die Partei einen zuvor ungeahnten Zulauf. Was den Berliner Rechtsintellektuellen bisher gefehlt hatte, lieferte die NSDAP: die Massenbasis. Die ideologischen Versatzstücke, deren sich die Nationalsozialisten bedienten, wurden je nach Zielgruppe propagandistisch-flexibel eingesetzt. Die meisten Autoren des „Tat“-Kreises dienten sich den neuen Machthabern an, um als ideologische Vordenker gewürdigt zu werden.⁹⁴ Auch Plenge versuchte, als geistiger Ahnherr des Nationalsozialismus anerkannt zu werden. So deutete er den Nationalsozialismus 1933 als Verwirklichung des von ihm antizipierten „neuen deutschen Staates“ und betonte, dass die Schlagworte „Volksgenossenschaft“ und „das dritte Reich“ von ihm ausgegangen seien.⁹⁵ Die neuen Machthaber verbaten sich indes diese – in ihren Augen – Imperfizienz des Begründers der „Ideen von 1914“.⁹⁶ Außerdem drängte Hitler die sozialistischen Vorstellungen des Strasser-Flügels kontinuierlich zurück. Sozialen Ideen der klassenlosen „Volksgemeinschaft“ stand er weiterhin gleichgültig gegenüber; die Ideen der Rechtssozialisten wurden bei Hitler überlagert von sozialdarwinistischen Überzeugungen und einem radikalen Rassedenken, das eindeutig Vorrang hatte.⁹⁷ Schließlich wurde der parteiinterne Streit um die Rolle des Sozialismus in der Partei 1934 im Zuge des so genannten „Röhm-Putsches“ beendet, als neben dem SA-Führer und seinen Gefolgsleuten Gregor Strasser ebenfalls ermordet wurde. Auch wenn mit der Eliminierung

⁹³ Zit. nach Dirk Schumann, Einheitssehnsucht und Gewaltakzeptanz. Politische Grundpositionen des deutschen Bürgertums nach 1918 (mit vergleichenden Überlegungen zu den britischen middle classes), in: Hans Mommsen (Hg.), *Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik*, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 83-105, hier S. 105.

⁹⁴ Werth, *Sozialismus und Nation* (Anm. 39), S. 283f.

⁹⁵ Johann Plenge in einem Brief vom 15.4.1938 an seinen Schüler Hans Teschemacher, in: Nachlass Plenge, Universitätsbibliothek Bielefeld.

⁹⁶ Schildt, *Prophet* (Anm. 33), S. 565ff.

⁹⁷ Werth, *Sozialismus und Nation* (Anm. 39), S. 259, 269, 285.

des Strasser-Flügels der Sozialismus vollends zur Worthülse wurde, blieb dessen Integrationsfunktion erhalten, indem er den proletarisch-sozialistischen Teil der Basis weiterhin einband.⁹⁸

Eine entscheidende Integrationsfunktion hatte auch der Bezug auf den „Geist von 1914“, den die nationalsozialistische Propaganda für ihre Zwecke vereinnahmte. Als die NSDAP an die Macht gekommen war, bemühte sich die offizielle Propaganda um die Konstruktion einer Kontinuität zwischen dem Januar 1933 und dem August 1914. Den Bezugspunkt stellten dabei nicht die inklusiven „Ideen von 1914“ dar, sondern die Aufbruchsstimmung zu Kriegsbeginn. Der Jubel im Januar 1933, so Hermann Göring im Rundfunk, sei „nur mehr zu vergleichen ... mit jenem August 1914“.⁹⁹ Diese Deutung war nicht nur verordnet, sondern entsprach auch einem verbreiteten Bedürfnis nach Kontinuität. Deshalb kann die Bedeutung des am 21. März 1933 inszenierten „Tags von Potsdam“ nicht hoch genug eingeschätzt werden, sollte er doch die Verbindung von preußisch-deutscher Tradition und neuem, „drittem“ Reich symbolisch besiegeln. In seiner Festpredigt betonte der preußische Generalsuperintendent Otto Dibelius, „daß dieses Ereignis einer ‘Wiedergeburt des Geistes von 1914’ gleichkomme“.¹⁰⁰ Auch am 1. Mai 1933, nun „Tag der nationalen Arbeit“ genannt, weckte man Assoziationen zum Augusterlebnis. So verkündete Goebbels: „Am heutigen Abend findet sich über Klassen, Stände und konfessionelle Unterschiede hinweg das ganze deutsche Volk zusammen, um endgültig die Ideologie des Klassenkampfes zu zerstören und der neuen Idee der Verbundenheit und der Volksgemeinschaft die Bahn freizulegen“.¹⁰¹ Neben der rhetorischen Inszenierung der „Volksgemeinschaft“ waren es auch die Massenorganisationen der Partei, die der ganz konkreten Einbindung möglichst großer Teile der Bevölkerung dienten. Als Institutionen „zur Überwindung früherer Klassengegensätze“ und „zur Anerziehung eines wahren Gemeinschaftsgeistes“, so Hitler in einer Rede im Mai 1933, erweckten sie – nicht zuletzt auch durch die kollektive Uniformierung – den Ein-

⁹⁸ Ebd., S. 256ff.

⁹⁹ Zit. nach Verhey, *Geist von 1914* (Anm. 13), S. 362f.

¹⁰⁰ Zit. nach Wolfgang J. Mommsen, *Der Geist von 1914: Das Programm eines politischen „Sonderwegs“ der Deutschen*, in: ders., *Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur im deutschen Kaiserreich*, Frankfurt 1992, S. 407-421, hier S. 420. Vgl. auch Werner Freitag, *Nationale Mythen und kirchliches Heil: Der „Tag von Potsdam“*, in: *Westfälische Forschungen* 41 (1991), S. 379-430, hier S. 390ff., insbes. S. 389-404.

¹⁰¹ Im Rundfunk, zit. nach Winfried Ranke, *Linke Unschuld? Unbefangener oder unbedachter Umgang mit fragwürdig gewordener Vergangenheit*, in: Dieter Vorsteher (Hg.), *Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR*, Berlin 1996, S. 94-112, hier S. 95.

druck neuer sozialer Gleichheit, freilich im kameradschaftlichen Sinne.¹⁰² Die „Volksgemeinschaft“ des Dritten Reiches, die 1933 etabliert wurde, ließ – da exklusiv definiert – keinen Raum für abweichende Vorstellungen und setzte das Prinzip der Exklusion durch Eliminierung aller Andersdenkenden brutal durch. Die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ bekämpfte zuerst die als „innere Feinde“ diffamierten Minderheiten und die Opposition, um dann den Krieg gegen die „äußeren Feinde“ wiederaufzunehmen. Im Unterschied zu 1914 gab es 1939 allerdings keine Aufbruchsstimmung bei Kriegsbeginn, aus der ideenpolitische Perspektiven hätten abgeleitet werden können.¹⁰³

Resümee: Die „Volksgemeinschaft“ als konkrete Utopie

Der entscheidende Bezugspunkt für die Entstehung und Verbreitung der Volksgemeinschaftsvision war das so genannte „Augusterlebnis“. Der durch die Zustimmung der Sozialdemokraten zu den Kriegskrediten im August 1914 symbolisierte Geist gesamtgesellschaftlicher Eintracht, das kollektive Hintanstellen sämtlicher Individualinteressen, wurde zur Grundlage der neuen deutschen „Volksgemeinschaft“ stilisiert. Dieser „Geist von 1914“ sollte das Fundament eines künftigen Miteinanders sein und gab den Anstoß für politische Reformforderungen. Als sich im Laufe des Krieges zeigte, dass die Einheit des gesamten Volkes eine Chimäre war und Interessenkonflikte wieder aufbrachen, wurde der „Geist von 1914“ nicht etwa hinterfragt, sondern erst recht zu einem „Narrativ“¹⁰⁴, das von allen politischen Parteien und rechten wie linken Sinnstiftern geteilt wurde. Intellektuelle Deutungsträger versuchten, aus dem „Geist von 1914“ ein korporatives Reformprogramm, die „Ideen von 1914“, abzuleiten. Das Ideal einer konfliktfreien, harmonischen Gemeinschaft besaß während des Krieges, aber auch in der Nachkriegszeit eine besondere Überzeugungskraft. Begriffe wie „Gemeinschaft“, „Gemeinwirtschaft“ und „nationaler Sozialismus“ stellten ein semantisches Identifikationsangebot für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen dar. Mit den Neubestimmungen vor allem der Begriffe „Revolution“ und „Sozialismus“ machten die „Ideen von 1914“ sozi-

¹⁰² Werth, *Sozialismus und Nation* (Anm. 39), S. 262.

¹⁰³ Hans Maier, Ideen von 1914 – Ideen von 1939? Zweierlei Kriegsanfänge, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 38 (1990), S. 525-542, hier S. 531ff.

¹⁰⁴ Verhey, *Geist von 1914* (Anm. 13), S. 377.

alistisches Vokabular auch für das rechte politische Spektrum akzeptabel. Unter dem Primat der Nation schillerte der Sozialismus zwischen linkem wie rechtem Antikapitalismus und wurde mit unterschiedlichen politischen Ansichten kompatibel. Die „Ideen von 1914“ machten ihn „zu einem Komplement der nationalen Idee“.¹⁰⁵ Der flexible propagandistische Einsatz ideologischer Versatzstücke durch die Nationalsozialisten, ihre dezidiert exklusive Deutung der „Volksgemeinschaft“ und der Vorrang sozialdarwinistischer Überzeugungen vor sozialen oder sozialistischen Ideen bei Hitler zeigen, dass die „Ideen von 1914“ kaum als präfaschistische Ideologeme bezeichnet werden können, wie in der Forschung häufig geschehen.¹⁰⁶ Der entscheidende Unterschied der „Ideen von 1914“ zum Ideenkonglomerat des Nationalsozialismus lag im Fehlen völkisch-biologischer und antisemitischer Gedanken. Als Repertoire, dessen sich verschiedene politische Strömungen bedienen konnten – die Radikalnationalisten taten dies besonders geschickt –, teilten die „Ideen von 1914“ das Schicksal solcher Gedankenkomplexe, „die im Kampf gegen die parlamentarische Demokratie einem System vorarbeiteten, das sie radikal-einseitig zu Ende dachte und – dadurch pervertiert – realisierte“.¹⁰⁷

Die „Geburt des nationalen Sozialismus im Weltkrieg“¹⁰⁸ und die Geburt der „Volksgemeinschaft“ aus dem „Geist von 1914“ hängen unmittelbar miteinander zusammen. Das Besondere der intellektuellen Debatte über die innenpolitische Neuordnung Deutschlands in den Jahren 1914 bis 1918 lag nicht in einer Vorbestimmung der politischen Entwicklung, sondern in der Überwindung des bestehenden politischen Systems. Im August 1914 wurden auf ideenpolitischer Ebene das Ende des Kaiserreiches und der Übergang zu einer anderen politischen Ordnung eingeleitet. Die Diskussion über die ideale Staatsordnung war 1918 keineswegs zu Ende, sondern wurde in den 20er Jahren fortgeführt. Dabei wurde der Begriff „Volksgemeinschaft“ von Politikern und Intellektuellen der gemäßigten Linken, der Mitte und der Rechten gleichermaßen und in positivem Sinne verwendet. Die „Volksgemeinschaft“ sollte der nationalen Überlieferung entsprechen, aber auch den Lebensbedingungen in einer industrialisierten Massengesell-

¹⁰⁵ Friedrich Meinecke, *Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*, Wiesbaden³1947, S. 47.

¹⁰⁶ So z.B. bei Reinhard Rürup, Die Ideologisierung des Krieges: Die „Ideen von 1914“, in: Helmut Böhme/Fritz Kallenberg (Hg.), *Deutschland und der Erste Weltkrieg*, Darmstadt 1987, S. 121-141, und Mommsen, *Geist von 1914* (Anm. 100). Vgl. dagegen Bruendel, *Volksgemeinschaft oder Volksstaat* (Anm. 14), S. 311ff.

¹⁰⁷ Josef. J. Becker, *Deutscher Sozialismus und das Problem des Krieges 1914-1918. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Denkens in Deutschland* (Diss.), Heidelberg 1957, S. 254.

¹⁰⁸ Rolf Peter Sieferle, *Die konservative Revolution. Fünf biographische Skizzen*, Frankfurt a.M. 1995, S. 45.

schaft durch neue Formen der Integration, der Repräsentation und der Partizipation gerecht werden. Zwar wurde das Volksgemeinschaftsparadigma von der politischen Rechten in der Form der radikal nationalistisch überlagerten exklusiven Volksgemeinschaftsidee vereinnahmt, aber bis 1918 und darüber hinaus nicht zu ihrem ideologischen Alleinbesitz. Erst der inflationäre Gebrauch durch die Nationalsozialisten und die Exklusion durch Elimination im NS-Staat hat den Begriff „Volksgemeinschaft“ kontaminiert.

Dr. Steffen Bruendel

*Fakultät für Geschichtswissenschaft,
Philosophie und Theologie der Universität Bielefeld
Universitätsstraße 25
33615 Bielefeld*

*Gemeinnützige Hertie-Stiftung
Grüneburgweg 105
60323 Frankfurt*

Zitierempfehlung:

Steffen Bruendel, Die Geburt der „Volksgemeinschaft“ aus dem „Geist von 1914“. Entstehung und Wandel eines „sozialistischen“ Gesellschaftsentwurfs, in: Zeitgeschichte-online, Thema: Fronterlebnis und Nachkriegsordnung. Wirkung und Wahrnehmung des Ersten Weltkriegs, Mai 2004, URL: <<http://www.zeitgeschichte-online/md=EWK-Bruendel>>